



HESSISCHER LANDTAG

27. 02. 2023

INA

Berichtsantrag

Fraktion der Freien Demokraten

Überlastung der Ausländerbehörden

Ausländerbehörden übernehmen eine Vielzahl von Aufgaben im Kontext von Integration, Asyl und Arbeit. Mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz vom 15. September 2019 wurde in § 71 Aufenthaltsgesetz die Möglichkeit der Schaffung einer zentralen Ausländerbehörde (ZAB) in den Bundesländern eröffnet, welche vorrangig die Bearbeitung von Visumsanträgen betrifft. Hessen hat von dieser Möglichkeit bisher keinen Gebrauch gemacht (vgl. Drucks. 20/6861).

Im Angesicht steigender Zahlen Geflüchteter im letzten Jahr aufgrund des Ukraine-Krieges sowie der Verschärfung des Fachkräftemangels hat sich die Situation in den hessischen Ausländerbehörden drastisch verschlechtert. Die deutlich gestiegene Arbeitsbelastung und eine angespannte Personalsituation führen zu erheblichen Verzögerungen und Einschränkungen in der Sachbearbeitung. Nach der Berichterstattung (zuletzt in der „FAZ“ vom 18. Januar 2023 sowie der „hessenschau“ vom 6. Februar 2023) sind insbesondere die Ausländerämter in Frankfurt und Darmstadt stark überlastet. In Frankfurt seien bspw. 15.000 E-Mails unbeantwortet geblieben (Stand: Dezember 2022). Wenngleich dort die Einführung der neuen Software „Paperless“ die Bearbeitung der Anfragen erleichtern soll, fehlt es in den Ausländerbehörden an qualifiziertem Personal, welches die zahlreichen offenen Stellen besetzen könnten.

Es besteht dringender Handlungsbedarf in Bezug auf die Entlastung der Ausländerbehörden. Hierfür gibt es auch zahlreiche Vorschläge zum Änderungsbedarf und Vereinfachung der gesetzlichen Regelungen, z.B. durch den Deutschen Städtetag.

Die Landesregierung wird ersucht, im Innenausschuss (INA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Wie stellt sich die derzeitige Situation hinsichtlich der Arbeitsbelastung in den Ausländerbehörden der hessischen Kommunen dar?
2. Wie beurteilt die Landesregierung die Arbeitsbelastung und Situation in der Ausländerbehörde in Frankfurt am Main?
3. Wie beurteilt die Landesregierung die Arbeitsbelastung und Situation in der Ausländerbehörde in Darmstadt?
4. Auf welche Kennzahlen stützt die Landesregierung ihre Antworten in den Fragen 1 bis 3?
5. Inwiefern kann die Landesregierung dazu beitragen, die Situation in den Ausländerbehörden der Kommunen hinsichtlich folgender Punkte zu verbessern:
 - a) Fachkräftegewinnung bzw. personelle Aufstockung in den Ausländerbehörden?
 - b) Entbürokratisierung von Arbeitsprozessen in den Ausländerbehörden?
 - c) Digitalisierung von Arbeitsprozessen in den Ausländerbehörden?
 - d) Effizienter Service durch Back Office ohne persönliche Anwesenheit der Kunden?
 - e) Allgemeine Hilfestellungen?
6. Welche konkreten Maßnahmen plant die Landesregierung zur Entlastung der Ausländerbehörden?

7. Ist der Landesregierung bekannt, in wie vielen Ausländerbehörden in Hessen die Software „Paperless“ implementiert werden soll? Bitte aufschlüsseln nach Ort und Zeitpunkt der Einführung.
8. Anhand welcher Zeitpläne erfolgt die Implementierung der Software „Paperless“ in den entsprechenden Ausländerbehörden? Bitte aufschlüsseln nach Orten.
9. Wer ist für die Implementierung der Software „Paperless“ in den entsprechenden Ausländerbehörden zuständig?
10. Falls nicht in Antwort 9 spezifiziert: Wurden hierfür externe Dienstleister beauftragt oder findet dies unter Behördenführung selbst mit Unterstützung der Landesregierung statt?
11. Inwiefern werden sich durch die Nutzung Software „Paperless“ konkret die Arbeitsweise und auch die Abläufe verbessern?
12. Welche personellen und technischen Ressourcen stehen den Ausländerbehörden zur Implementierung der Software „Paperless“ zur Verfügung?
13. Bezugnehmend auf Frage 12: Hat die Landesregierung hierfür den Ausländerbehörden zusätzliche Mittel bereitgestellt?
14. Warum haben sich nach Kenntnis der Landesregierung Ausländerbehörden gegen die Einführung der Software „Paperless“ entschieden?
15. Welche Gründe sprechen aus Sicht der Landesregierung gegen die Implementierung einer Software wie „Paperless“ oder ähnlichen Anwendungen in den Ausländerbehörden?
16. Plant die Landesregierung zu folgenden Punkten ein Vorgehen bzw. Unterstützung auf Bundesebene, z.B. durch eine Bundesratsinitiative:
 - a) Visumverfahren – Verlängerung der Geltungsdauer von Bescheinigungen und Aufenthaltstiteln?
 - b) Entschlackung von verwaltungsinternen Beteiligungspflichten insbesondere bei der Fachkräfteeinwanderung?
 - c) Umstellung auf elektronische Aufenthaltstitel?
 - d) Sonstige Änderungen im AufenthG?
17. Falls nein: Warum nicht?
18. Wurden die Probleme in Bezug auf die Ausländerämter im Rahmen von Ministerkonferenzen oder Ministerpräsidentenkonferenzen durch die Hessische Landesregierung thematisiert?

Wiesbaden, 27. Februar 2023

Der Fraktionsvorsitzende:
René Rock